

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

25. August 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

In der südostafghanischen Provinz Ghazni wurde am 25.08.14 ein Kandidat für die Wahlen zum Provinzrat erschossen. Am 24.08.14 starben neun afghanische Soldaten bei der Explosion einer Bombe in Kabul. Bei Jalalabad (Hauptstadt der ostafghanischen Provinz Nangarhar) wurden fünf ISAF-Soldaten bei einem Angriff Aufständischer verletzt. Bei einem Angriff auf einen Polizeiposten in der nordafghanischen Provinz Takhar kamen acht Angreifer und ein Polizist um. Am 20.08.14 wurde ein NATO-Soldat in Kabul während einer Straßenkontrolle von einem Unbekannten erstochen. Am 23.08.14 griffen Aufständische einen Militärposten in der südostafghanischen Provinz Paktya an. Dabei wurden vier Angehörige der Sicherheitskräfte und über 20 Angreifer getötet. Am selben Tag kam es in der nordafghanischen Provinz Faryab zu Kämpfen zwischen rivalisierenden lokalen Milizen. Am 19.08.14 gab es in der zentralafghanischen Provinz Logar schwere Gefechte, als rund 700 Taliban-Kämpfer die Sicherheitskräfte angriffen. Weitere Kämpfe und Anschläge ereigneten sich in verschiedenen Provinzen, so in der nordafghanischen Provinz Kunduz, im westafghanischen Badghis und in der zentralafghanischen Provinz Logar, wo drei Zivilisten bei einem Drohnenangriff getötet wurden.

Übergriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen

Die am 14.08.14 entführten fünf afghanischen Mitarbeiter des Roten Kreuzes (vgl. BN v. 18.08.14) wurden freigelassen. 2014 wurden in Afghanistan mindestens 33 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet.

Pakistan

Sicherheitslage

In Kaschmir kam es am 23.08.14 zu Schießereien zwischen pakistanischen und indischen Grenztruppen. Dabei wurden vier Zivilisten getötet und mehrere schwer verletzt. Im Nordwesten Pakistans (Salarzai, Bajaur) starben bei Bombenangriffen auf Talibanstellungen am 19.08.14 mindestens sechs Zivilisten. Bei einem Angriff auf einen NATO-Konvoi im Nordwesten kamen am 21.08.14 mindestens zwei Menschen um. Bei einem Anschlag auf einen Schulbus am 19.08.14 starben im Nordwesten mindestens sechs Menschen.

Irak

Entwicklung der Lage

Am 22.08.14 kamen bei einem Angriff auf eine sunnitische Moschee nordöstlich von Bagdad mindestens 73 Menschen ums Leben. Es soll sich bei den Angreifern um schiitische Milizionäre gehandelt haben. Das Staatsfernsehen hingegen schrieb die Tat dem Islamischen Staat (IS) zu.

Am 23.08.14 kam es anscheinend auch zu zwei Racheakten durch Selbstmordattentäter in Bagdad sowie in der Nähe der Stadt Tikrit mit mindestens 17 Todesopfern.

Lt. Pressemeldung vom 23.08.14 belagert der IS die Stadt Amerli seit fast zwei Monaten. Die Lieferwege für Wasser und Lebensmittel sind abgeschnitten. Amerli hat ca. 20.000 Einwohner und liegt rund 170 Kilometer nördlich von Bagdad und rund 100 Kilometer südlich von Kirkuk.

Hilfsgüter für vertriebene Iraker

Lt. Pressemeldung von UNHCR vom 22.08.14 sollen in den nächsten zehn Tagen 2.410 Tonnen Hilfsgüter für vertriebene Iraker auf den Weg gebracht werden. In der Region Kurdistan in Irak hielten sich mittlerweile etwa 700.000 Vertriebene auf. Die meisten seien im Juni angekommen. Hunderttausende würden derzeit unter sehr schlechten Bedingungen leben. Viele seien in unfertigen Gebäuden, Moscheen, Kirchen, Parks und Schulen untergekommen. Lokale Behördenvertreter schätzten, dass rund die Hälfte aller Schulen zu Notquartieren umfunktioniert worden seien.

Syrien

IS erobert Militärflughafen Tabka

Nach Meldungen vom 24.08.14 eroberte der Islamische Staat (IS) nach wochenlangen schweren Kämpfen, bei denen mehr als 500 Personen ums Leben gekommen sein sollen, den Militärflughafen al-Tabka in der nordsyrischen Provinz ar-Raqa. Bei dem Flughafen handelt es sich um eine der wichtigsten militärischen Einrichtungen der Region. Dort befinden sich Kampfflugzeug-Schwadronen, Helikopter, Panzer, Artillerie und Munition.

Entführter US-Journalist in Syrien freigelassen/Deutscher von IS freigelassen

Am 24.08.14 bestätigte die amerikanische nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice, dass der im Oktober 2012 nahe der syrisch-türkischen Grenze von der al-Nusra-Front entführte amerikanische Journalist Peter Theo Curtis am 24.08.14 freigelassen worden sei. Ein 27-jähriger Deutscher, der als humanitärer Helfer in Syrien arbeitete und im Juni 2013 verschleppt worden war, soll bereits im Juni gegen eine „substanzielle Gegenleistung“ freigelassen worden sein.

Libanon

Raketen auf Israel

Aus dem Libanon wurden am Abend des 23.08.14 zwei Raketen auf den Norden Israels abgefeuert. Wie das israelische Militär mitteilte, waren die Geschosse im Norden des Landes eingeschlagen. Ein Haus in Galiläa sei getroffen worden, acht Menschen hätten einen Schock erlitten. In der Nacht zum 24.08.14 wurden zudem fünf Raketen aus Syrien abgeschossen.

Palästinensische Autonomiegebiete/Israel

Drei hohe Hamas-Militärführer durch Luftangriff getötet

Im Krieg gegen die Hamas konzentriert sich Israel zunehmend auf die Vernichtung der militärischen Führung der Organisation. Am 22.08.14 wurden nach Angaben der Hamas drei Befehlshaber bei einem Luftangriff auf ein Haus in der Stadt Rafah getötet. Es handle sich bei den Getöteten um Muhammad Abu Schammala, Raed al-Attar und Muhammad Barhum. Israel bestätigte, zwei der Männer seien das Ziel von Angriffen gewesen. Ministerpräsident Netanjahu erklärte, die Männer hätten Anschläge gegen israelische Soldaten geplant. Am 19.08.14 hatte die israelische Luftwaffe im Norden des Gazastreifens auch das Haus des Hamas-Militärchefs Muhammad Deif angegriffen. Bei dem Angriff wurden dessen Frau, die Tochter und der sieben Monate alte Sohn getötet. Deif selbst entkam nach Angaben der Hamas.

Die israelische Luftwaffe griff in der Nacht zum 25.08.14 erneut Ziele in dem Küstenstreifen am Mittelmeer an. Binnen 24 Stunden seien 65 Ziele bombardiert worden, sagte eine Armeesprecherin in Tel Aviv.

Iran

Human Rights Watch kritisiert illegale Inhaftierungen

Human Rights Watch (HRW) hat Iran die illegale Inhaftierung Dutzender Menschen wegen der Ausübung ihrer Grundrechte vorgeworfen. HRW nannte in einem am 19.08.14 veröffentlichten Bericht die Fälle von 189 Häftlingen in der nordiranischen Stadt Karaj (nahe Teheran). In 63 Fällen wurden die Menschen demnach allein deswegen verurteilt, „weil sie ihre Grundrechte wie freie Meinungsäußerung oder das Recht zur friedlichen Versammlung oder Vereinigung ausgeübt haben“, so HRW. In 35 Fällen seien Häftlinge wegen angeblicher Terrordelikte zum Tode verurteilt worden. In diesem Zusammenhang bestehe der Verdacht auf massive Verstöße gegen rechtsstaatliche Verfahrensregeln. HRW forderte, der moderate Präsident Hassan Rohani und sein Kabinett sollten sich mehr für die Freilassung politischer Häftlinge einsetzen, zumal er im Wahlkampf die Hoffnung auf solche Freilassungen geweckt habe. HRW verwies überdies darauf, dass in Iran auch Dutzende Angehörige der religiösen Minderheit der Bahai sowie zwei christliche Pfarrer und zwei christliche Konvertiten in Haft seien. Außerdem befänden sich neun Journalisten und Blogger sowie sieben Menschenrechtsanwälte im Gefängnis. UN-Menschenrechtsexperten hatten wiederholt Besorgnis über die anhaltend schlechte Lage der politischen Gefangenen geäußert. Trotz des Amtsantritts Rohanis vor einem Jahr gab es in den vergangenen Monaten eine neue Welle von Festnahmen, Todesurteilen und Hinrichtungen.

Offener Machtkampf zwischen Rohani und Ultra-Konservativen

Bei seinem geplanten Reformkurs muss Präsident Rohani auf einen seiner wichtigsten Mitstreiter verzichten. Das Parlament (Majlis) verkündete am 20.08.14 die Absetzung des Wissenschaftsministers Reza Faraji Dana. Dana war einer der wichtigsten Minister Rohanis. Hintergrund der Parlamentsentscheidung ist ein offener Machtkampf zwischen Rohani und den Ultra-Konservativen in der Kammer. Die Ultra-Konservativen werfen dem Reformler Dana vor, nach seiner Amtsübernahme vor einem Jahr Universitätsprofessoren, die aus politischen Gründen entlassen worden waren, wieder eingestellt zu haben. Auch die Rückkehr von regimekritischen Studenten soll er vorangetrieben haben. Wegen dieser Maßnahmen wird Dana beschuldigt, politische Unruhen an den Universitäten provozieren zu wollen. Mutmaßlicher Auslöser der Parlamentsentscheidung ist eine provokative Äußerung Rohanis in der vergangenen Woche gegenüber seinen Kritikern, die „zur Hölle fahren sollten“. Laut Beobachtern in Teheran wird Danas Absetzung keine großen Auswirkungen haben. Es wird erwartet, dass Rohani rasch einen anderen Reformler zum Wissenschaftsminister ernennen wird – allerdings muss dieser vom Parlament bestätigt werden.

Berufsverbot für Regisseur Jafar Panahi bleibt

Der iranische Regisseur und Sacharow-Preisträger Jafar Panahi darf wegen Systemkritik weiterhin keine Filme drehen. So bleiben Berufs-, Interview- und Ausreiseverbot sowie der Hausarrest bestehen. Damit düpiert Iran das EU-Parlament, das mehrfach die Rehabilitierung des Künstlers gefordert hatte. Im Dezember 2012 hatte das Europaparlament Panahi gemeinsam mit der damals in Iran inhaftierten Anwältin Nasrin Sotoudeh mit dem Sacharow-Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Panahi ist zudem Jury-Mitglied beim Filmfestival „Berlinale“. Nach seinem Ausreiseverbot wird sein Platz in dem Gremium demonstrativ freigehalten.

Drei Jahre Haft und Peitschenstrafe für mutmaßlichen Foltortod eines Oppositionellen

Nach dem mutmaßlichen Foltortod eines iranischen Bloggers wurde ein Polizist in Teheran zu drei Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt. Der Tod des Oppositionellen Sattar Beheshti im Herbst 2012 sei „vermutlich durch einen Schock nach Schlägen oder durch extremen psychologischen Stress“ verursacht worden, urteilte die Teheraner Staatsanwaltschaft laut Medienberichten. Der 35-jährige Beheshti war im Oktober 2012 festgenommen worden, weil er im Internet die Regierung kritisiert hatte. Am 03.11.2012 wurde er tot in seiner Gefängniszelle aufgefunden. Gerichtsmediziner erklärten, Beheshti sei an Schock und Angst gestorben. Oppositionsgruppen hingegen sprachen von tödlicher Folter. Beheshtis Familie reagierte enttäuscht auf das Strafmaß. Wenn regimekritische Journalisten zu sechs Jahren Haft verurteilt würden, dann sei eine Strafe von drei Jahren für Mord erstaunlich.

Jemen

30.000 al-Houthi-Rebellen marschieren in Sanaa ein

Mehr als 10.000 Anhänger der schiitischen al-Houthi-Rebellen marschieren auf die Hauptstadt Sanaa zu. Nach Angaben der jemenitischen Nachrichtenseite „Al-Mashhad al-Yemeni“ befanden sich am 21.08.14 bereits rd. 30.000 Rebellen in der Stadt, mindestens 10.000 davon bewaffnet. Nördlich von Sanaa errichtete die al-Houthi-Volksguppe den Berichten nach ein Sammellager. Die Rebellen fordern von der Regierung die Unabhängigkeit ihrer Stammesgebiete im Norden. Seit Jahren kommt es immer wieder zu schweren Kämpfen mit der Armee. Erst Anfang August hatten al-Houthi-Kämpfer die Provinzhauptstadt Amran (rd. 50 Kilometer nördlich von Sanaa) unter ihre Kontrolle gebracht. Nun drohen die Rebellen mit dem Sturz der Regierung, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Jemens Übergangspräsident Mansour Hadi rief nach Angaben der Nachrichtenagentur „Saba“ die westlichen Industriestaaten und den Golf-Kooperationsrat dazu auf, ihn gegen „die Bedrohung der Houthi-Gruppe“ zu unterstützen. Am 24.08.14 gab ein Sprecher des Verhandlungsteams von Präsident Hadi bekannt, dass die Verhandlungen der jemenitischen Regierung mit den al-Houthi-Rebellen gescheitert seien. Die Rebellen hätten alle ihnen unterbreiteten Vorschläge abgelehnt.

Türkei

Neuer Ministerpräsident

Nach der Wahl von Tayyip Erdogan zum türkischen Staatsoberhaupt nominierte die Führung der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP am 21.08.14 den bisherigen Außenminister Ahmet Davutoglu zu seinem Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, er soll zudem am 27.08.14 auf einem Sonderparteitag zum Parteivorsitzenden gewählt werden. Am Tag darauf wird Erdogan als Präsident vereidigt und darf als Staatsoberhaupt keiner politischen Partei angehören. Der scheidende Präsident Abdullah Gül wird wieder in die AKP eintreten. Davutoglu erklärte in seiner Rede nach der Nominierung, er wolle Erdogans Kurs weiterführen und betonte die Einheit der Partei, die bisher stark auf den scheidenden Vorsitzenden ausgerichtet war.

Libyen

Einnahme des Flughafens von Tripolis durch islamistische Milizen

Milizen des Kommandos Fadschr Libya (Morgenröte Libyens) haben nach eigenen Angaben am 24.08.14 den internationalen Flughafen von Tripolis vollständig erobert. Sechs Wochen lang hatten die Islamisten gegen nationalistisch-säkulare Milizionäre aus der Stadt Al-Sintan um den Flughafen gekämpft. Der Flughafen wurde durch die Kämpfe weitgehend zerstört. Auch nicht identifizierte Flugzeuge haben sich an dem Kampf beteiligt und die Positionen der Fadschr-Libya-Miliz bombardiert. Ägypten rief für den 25.08.14 eine Konferenz der Anrainerstaaten in Kairo zusammen. Präsident Abdel Fattah as-Sisi hält die Kämpfe in Libyen für eine Bedrohung der eigenen nationalen Sicherheit.

Nigeria

Ausruf eines „islamischen Kalifats“ in Gwoza durch Boko Haram

Abubakar Shekau, der Anführer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram, verkündete in einem am 24.08.14 veröffentlichten Video die Einnahme der Stadt Gwoza (ehedem 50.000 E.) im nordöstlichen Bundesstaat Borno und erklärte sie zu einem Teil eines islamischen Kalifats. Seitens des nigerianischen Verteidigungshauptquartiers wurde am 24.04.14 das Kalifat zurückgewiesen und erklärt, dass die Souveränität und die territoriale Integrität Nigerias noch immer intakt seien. Boko Haram hält Gwoza und die nähere Umgebung bereits seit dem 06.08.14 besetzt. Versuche des Militärs, Gwoza zurückzuerobern, scheiterten bisher.

Weitere Städte von Boko Haram besetzt

Am Morgen des 23.08.14 nahmen Hunderte Boko-Haram-Kämpfer die Stadt Madagali (etwa 20 km von Gwoza entfernt, Verwaltungssitz der Madagali Local Government Area – LGA) ein, nachdem sie die Soldaten der dortigen Militärbasis vertrieben hatten.

Seit mindestens dem 20.08.14 ist die Stadt Buni Yadi (Verwaltungssitz der Gujba LGA im nordöstlichen Bundesstaat Yobe) unter der Kontrolle von Boko Haram. Unklar ist, ob Boko Haram die Stadt bereits seit der ersten Einnahme am 30.07.14 durchgehend besetzt hält oder sie sich seither noch einmal aus der Stadt zurückgezogen hatte.

Polizeiakademie bei Gwoza von Boko Haram eingenommen

Am frühen Abend des 20.08.14 griff im nordöstlichen Bundesstaat Borno eine Vielzahl von Kämpfern der Boko Haram in mehreren Fahrzeugen die Polizeiakademie in der Ortschaft Liman Kara an (etwa 15 km von der Stadt Gwoza entfernt). Nach einem längeren Feuergefecht gelang es den Terroristen die Akademie einzunehmen. Sie ist eine von nur zwei Akademien in Nigeria, an denen die Sonderpolizei zur Bekämpfung von Unruhen ausgebildet wird. Laut Polizeiangaben vom 23.08.14 werden seither 35 Polizisten vermisst.

Soldaten verweigern Einsatz gegen Boko Haram

Laut einem Bericht der nigerianischen Tageszeitung Daily Trust verweigerten im Bundesstaat Borno am 19.08.14 Dutzende Soldaten der Maimalari-Kaserne in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) die Befehle zu ihrer Verlegung in das Gebiet von Damboa bzw. in die seit dem 06.08.14 von der Boko Haram kontrollierten Stadt Gwoza, wo sie die Terroristen bekämpfen sollten. Sie hielten ihre Fahrzeuge im Außenbereich von Maiduguri an und weigerten sich, die Fahrt fortzusetzen, da sie keine adäquaten Waffen zum Kampf hätten. Bereits am 09. und 11./12.08.14 hatten zwischen 100 und 300 Ehefrauen von Soldaten vor den Zugängen der Giwa-Kaserne in Maiduguri gegen die Entsendung ihrer Männer zum Kampf gegen Boko Haram demonstriert sowie Reifen in Brand gesetzt und so das Ausrücken ihrer Männer verhindert. Die Frauen beklagten, dass die Soldaten schlechter als der Feind ausgerüstet seien und der Kampfeinsatz sie in Lebensgefahr bringe.

Sudan

Stammeskämpfe in Darfur

Bei Kämpfen zwischen den arabischen Stämmen Rizeigat und Maaliya im Bezirk Um Rakuba in Ostdarfur sollen nach Augenzeugenberichten vom 20.08.14 auf Seiten der Rizeigat mindestens 30 und auf Seiten der Maaliya mindestens 40 Menschen getötet worden sein. Die Region ist Siedlungsgebiet der Maaliya. Das Innenministerium in Khartum kündigte an, mit Hubschraubern ausgerüstete Polizeieinheiten in die Region zu entsenden. Sie sollen Ansammlungen bewaffneter Stammesangehöriger zerstreuen.

In Khartum demonstrierten Dutzende Maaliya vor dem Präsidentenpalast gegen das von ihnen als Völkermord an ihrem Stamm bezeichnete Vorgehen der Rizeigat.

Zwischen beiden Stämmen kommt es immer wieder zu Streitigkeiten wegen Viehdiebstählen sowie Land- und Weiderechten. Nach UN-Angaben sollen allein im August 13 diesen Auseinandersetzungen 190 Menschen zum Opfer gefallen sein. Ähnliche Konflikte zwischen arabischen Stämmen in Darfur forderten im vergangenen Jahr weitere Hunderte Menschenleben.

Südsudan

Ugandische Truppen bleiben in Südsudan

Die Rebellen um Riek Machar stimmten nach Angaben eines Sprechers der ugandischen Regierung vom 22.08.14 dem Verbleib von Truppen des Nachbarstaates auf südsudanesischem Territorium bis zur Stationierung einer Friedenstruppe der Intergovernmental Authority for Development (IGAD) zu. Uganda unterstützt die Regierung in Juba gegen die Rebellen. Bisher hatten diese stets den Abzug der ugandischen Einheiten gefordert.

Bei den Kämpfen zwischen der von Dinka dominierten Regierung und den Rebellen Machars, die der Ethnie der Nuer angehören, kamen seit Dezember 13 bisher mindestens 10.000 Menschen ums Leben.

Zentralafrikanische Republik

Land droht die Teilung

Die Zentralafrikanische Republik hat noch immer keine Regierung. Unterdessen proklamierte die Séléka-Rebellengruppe in einer Pressemeldung einen eigenen Staat namens Dar El Kouti. Den Norden des Landes kontrolliert die Gruppe bereits. Die Séléka erkennt den neuen Premier nicht an, obwohl er Muslim ist. Nach Angaben eines Regierungssprechers werde es den neuen Staat nicht geben. Trotz ihrer Stärke ist die Séléka keine einheitliche Gruppe. Es gibt zahllose Splittereinheiten und ethnische Strömungen.

Tote bei Minenunfall

Bei einem Einsturz einer Goldmine nahe der Stadt Bambari starben 25 Menschen. Die Mine wird hauptsächlich von den Séléka-Rebellen kontrolliert.

Uganda

Präsident unterzeichnet Gesetz gegen HIV-Positive

Präsident Yoweri Museveni unterzeichnete ein Gesetz, das die „wissentliche Übertragung von HIV“ mit bis zu zehn Jahren Haft bedroht. Von einer Bestrafung soll abgesehen werden, wenn Kondome benutzt wurden oder der Partner von der HIV-Infektion wusste und in den Geschlechtsverkehr einwilligte. Die versuchte Übertragung soll mit bis zu fünf Jahren bestraft werden. Aids-Aktivisten warnen, das Gesetz könne die HIV-Prävention und den Zugang zu Medikamenten erschweren. In Uganda sind rund 7,3 Prozent der Menschen HIV-positiv.

Somalia

Todesurteile gegen al-Shabaab-Angehörige

Ein Militärgericht in Mogadischu verurteilte am 20.08.14 sieben Männer wegen Zugehörigkeit zur al-Shabaab und Mordes an einem Regierungsbeamten zum Tode. Sechs erhielten lebenslange Freiheitsstrafen, weil sie al-Shabaab-Angehörigen Unterschlupf gewährt und Beihilfe zu Angriffen der Islamisten geleistet haben sollen.

In den vergangenen Wochen verurteilte das Militärgericht mindestens weitere fünf al-Shabaab-Mitglieder zum Tod.

DR Kongo

Ebola-Ausbruch bestätigt

Laut Angaben des kongolesischen Gesundheitsministers vom 24.08.14 haben Tests bestätigt, dass zwei Personen in der nordwestlichen Provinz Equateur am Ebola-Virus erkrankt sind. Zuvor hatten die Behörden von 13 Toten berichtet, die in Equateur binnen zehn Tagen in einer abgelegenen Gegend an einer unbekanntem Fiebererkrankung gestorben waren. Das Ebola-Virus im Kongo soll einem anderen Virenstamm angehören als das in Westafrika. In Equateur war 1976 das Ebola-Virus erstmals entdeckt worden. Es handelt sich um den siebten Ebola-Ausbruch auf dem Gebiet der DR Kongo.

Ukraine/Russland

Gefangene Soldaten von Separatisten in Donezk zur Schau gestellt

Am 24.08.14, dem Unabhängigkeitstag der Ukraine, führten prorussische Separatisten in der noch immer umkämpften ostukrainischen Großstadt Donezk Dutzende gefangene ukrainische Soldaten öffentlich vor. Sie wurden durch die Stadt geführt und auf den zentralen Leninplatz gebracht, wo Einwohner sie mit Rufen wie „Faschisten! Faschisten!“ beschimpften.

Hilfskonvoi passiert Grenze

Mit der Begründung Russlands, dass die notleidende Bevölkerung in den umkämpften Gebieten der Ostukraine nicht länger warten könne, hat der rund eine Woche lang an der Grenze zur Ukraine feststeckende russische Hilfskonvoi mit über 280 Lastwagen am 22.08.14 ohne die Zustimmung der ukrainischen Führung und ohne Begleitung durch das Rote Kreuz die Grenze passiert und die Hilfsgüter in Luhansk abgeladen. Laut Angaben des Leiters der OSZE-Beobachtermission am russischen Grenzposten Donezk ist der Konvoi am 23.08.14 wieder nach Russland zurückgekehrt. Die EU-Kommission bescheinigte Moskau eine „klare Verletzung der ukrainischen Grenze“.

Putin und Poroschenko treffen sich in Minsk

Inmitten der heftigen Kämpfe in der Ostukraine haben der russische Präsident Putin und sein ukrainischer Kollege Poroschenko für den 26.08.14 in der weißrussischen Hauptstadt Minsk ein Treffen vereinbart. Poroschenko erklärte, ein Hauptthema bei dem Gespräch werde „die Stabilisierung der Lage“ in der Ostukraine sein. Er werde von Moskau den Abzug prorussischer Kämpfer aus der Ukraine fordern. Kiew wirft der russischen Regierung vor, die prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine mit Kämpfern und militärischem Gerät zu unterstützen. Russland weist den Vorwurf zurück.

China

Hinrichtungen in Xinjiang

Staatlichen Medienberichten vom 23.08.14 zufolge wurden in Xinjiang acht Personen hingerichtet. Drei von ihnen waren wegen eines Anschlags am Tiananmen-Platz im Oktober 2013 (vgl. BN v. 04.11.13) zum Tode verurteilt worden, die übrigen wegen anderer Staatsschutzdelikte.

Tibet: weitere Tote nach Demonstration

Im Zusammenhang mit der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration am 12.08.14 im Kreis Shiqu in der Tibetischen Autonomen Präfektur Ganzi (Provinz Sichuan) starben ersten Berichten zufolge zwei Menschen (vgl. BN v. 18.08.14). Wie vergangene Woche bekannt wurde, erlagen weitere drei Personen, die nach ihrer Festnahme nicht medizinisch behandelt wurden, ihren Schussverletzungen.

Behörden behindern Referendum in Macau

Bürgerrechtsgruppen starteten am 24.08.14 in Macau eine einwöchige inoffizielle Volksbefragung zur Einführung eines allgemeinen Wahlrechts bis 2019. Außerdem soll die Bevölkerung befragt werden, ob sie Vertrauen in den amtierenden Regierungschef Macaus, Chui Sai On, hat. Er ist einziger Kandidat in der am 31.08.14 anstehenden Wahl des Regierungschefs durch einen mit Linientreuen besetzten Wahlausschuss. Die Polizei nahm fünf Helfer, darunter den Organisator des Referendums, Jason Chao, vorübergehend fest und hinderte Personen an verschiedenen Orten in der Stadt daran, ihre Stimme abzugeben.

Die ehemalige portugiesische, seit 1999 wieder zu China gehörende Kolonie Macau genießt ähnlich wie Hongkong als Sonderverwaltungsregion Freiheiten u.a. in den Bereichen Medien und Wirtschaft. Sie ist der weltweit umsatzstärkste Standort für Glücksspiel. Im Juni 2014 hatte in Hongkong ein ähnliches Referendum stattgefunden. Beobachtern gilt die Demokratiebewegung Macaus, das etwa 600.000 Einwohner zählt, im Gegensatz zu der Hongkongs als eher schwach.